

Die Frage der Ostgrenzen

Völlige Uebereinstimmung im Kabinett.

Königsberg i. Pr., 27. August.

Reichsminister Treppmann nahm in einem kleinen Kreis von Volkskonservativen und Deutschen Volksparteilern erneut Gelegenheit, sich über die Frage der Revision der Ostgrenzen zu äußern. Er ging dabei von seiner im Ausland so scharf kritisierten Rede aus und erklärte u. a. folgendes: Es ist kein Zweifel mehr, daß die Auffassung, wie ich sie in meiner Rede anlässlich des Abstimmungstages vertreten habe, Gemeingut des deutschen Volkes werden müßte. Ich darf darauf hinweisen, daß ich ausdrücklich keine Forderungen angemeldet, sondern nur eine Feststellung getroffen habe:

Die Grenzziehung im Osten ist derart, daß beide Völker, Deutschland und Polen, beunruhigt werden und daß der Friede Europas durch sie in Gefahr kommen kann. Selbstverständlich weiß ich, daß der Anspruch auf eine Revision lediglich von der verantwortlichen Regierung bei dem zuständigen Gremium, also dem Völkerverbund, angemeldet werden kann. Natürlich darf man von einem so alten Brauch nicht abweichen, schon um nicht anderen Mächten die Gelegenheit zu geben, ähnliche Wege zu gehen. Diese Feststellung ist eine einfache Selbstverständlichkeit.

Für so notwendig ich bei meiner Gegnerschaft gegen die bisherigen außenpolitischen Bindungen eine Revision der Verträge halte, so kann der Zeitpunkt für eine solche Aktion doch erst dann bestimmt werden, wenn die innere Stärke unseres Volkes uns die Gewißheit gibt, daß wir Kräfte genug haben, um einen solchen Anspruch durchzusetzen. Sonst ist der Schaden viel größer als der Nutzen. In unserem Wahlauftrag fordern wir die Revision des Youngplans und die Revision der Ostgrenzen.

weil wir es für notwendig halten, die Wahrheit immer so zu sagen, wie wir sie sehen. Aber ich würde selbst als Außenminister nicht daran denken, Polen die Gelegenheit zu geben, dieses Problem jetzt in Genuß aufzurollen und es abzudrehen. In dieser Frage besteht nicht der leiseste Gegensatz zwischen uns und dem Kabinett.

Danzig zieht den Kürzeren

Haag, 27. August.

Der Ständige Internationale Gerichtshof in Haag hat in einer öffentlichen Sitzung mit sechs gegen vier Stimmen beschlossen, daß das juristische Statut der Freien Stadt Danzig es dieser nicht gestatte, Mitglied der Internationalen Arbeitsorganisation zu werden.

Polnisch-litauischer Zwischenfall

Memel, 27. August.

Wie das „Memeler Dampfboot“ aus Kowno meldet, wurde der Dampfer „Alapeda“, an dessen Bord sich Prof. Kolutaila auf einer Inspektionsreise des Memelstroms befiel, längs der Demarkationslinie von einem polnischen Grenzwächter und vier Soldaten auf eine große Strecke hin verfolgt, beschossen und angehalten. Der Dampfer mußte auf polnischer Seite anlegen. Darauf erschien der Starost von Grodno und nahm eine Durchsuchung des Dampfers vor. Nachdem der Dampfer freigegeben worden war, brach Professor Kolutaila seine Inspektionsreise ab und kehrte nach Kowno zurück.

Die Litauisierung im Memelland

Memel, 27. August.

Im memelländischen Landtag verlas der neue Landespräsident Reising eine Regierungserklärung, aus der zu entnehmen ist, daß die Gerichtsverfassung vollständig geändert werden soll. Es sollen nur Richter in Memel tätig sein, die in Litauen ausgebildet worden sind. Von sämtlichen Beamten soll verlangt werden, daß sie beide Amtssprachen in Wort und Schrift beherrschen. Natürlich soll die Litauisierungsarbeit vor den Schulen nicht Halt machen. Denn hier will das Direktorium bestrebt sein, nur litauische Staatsangehörige als Lehrer zu berücksichtigen. Landespräsident Reising verlangte unter Hinweis auf die Geschäftsordnung des Landtags, sofort zur Erledigung der Vertrauensfrage zu schreiten. Da aber die Mehrheitsparteien zu der Erklärung nicht sofort Stellung nehmen konnten, wurde die Sitzung auf Donnerstag vertagt.

Bürgerkrieg in Peru

Kanonen gegen die Volksmenge. — Wieder Regierungswechsel.

Newport, 27. August.

Die revolutionären Ereignisse in Peru ändern die Lage ununterbrochen. Die neue Regierung des Generals Sarmento hat sich kaum einige Stunden halten können. Auf den gewalttätigen Druck des Generals Gonzales hin wurde General Ponce zum Präsidenten ernannt. Fast unmittelbar nach Ponces Regierungsproklamation mußten Gesandte gegen die Volksmenge aufgeföhren werden, die eine drohende Haltung annahm. Bei dem sich hierauf entspannenden heftigen Kampf gab es erneut mehrere Tote. Die neue Regierung hat den Belagerungszustand über ganz Peru verhängt.

Der bisherige Präsident Leguia hatte sich bemüht, die neue Regierung auf legaler Grundlage zu errichten. Schließlich wurde er aber nach stundenlangen Verhandlungen zum völligen Nachgeben gezwungen. Der Kreuzer „Amirante“, auf dem Leguia die Stadt Lima verlassen hat, wird ihn auf offener See auf einen englischen Dampfer ausbooten, auf dem er sich dann nach Panama begeben wird.

In der Nacht zog eine Volksmenge durch die Straßen Lima und zerstörte alles, was an die 11jährige Präsidentschaft Leguias erinnerte. Der Präsident der Militär-Junta, Ponce, versprach Studenten, daß Leguia wieder an Land gebracht und für seine „Schandtat“ bestraft werden sollte.

Amerikas Urteil.

Die amerikanischen Blätter befaßen sich sehr eingehend mit der Erhebung in Peru. „Herold Tribune“ erklärte in einem Leitartikel, wenn das Beispiel Boliviens befolgt werde, könne der Regierungswechsel in Peru kaum ernsthafte politische oder finanzielle Folgen haben. „Times“ bemerkten, die Laizade des Sturzes bedeute immerhin einen gewissen demokratischen Fortschritt. Viele selbständig Denkende, die von dem etwas rücksichtslos herrschenden Präsidenten verbannt wurden, dürften nunmehr zurückkehren; allerdings sei es nicht ausgeschlossen, daß auch Beguira wieder zurückkehre.

Der Bruderkrieg in China

Tschangtschuan bleibt neutral — Kriegsprämie Tschangtschais

Paris, 27. August.

Nachrichten aus chinesischen Quellen zufolge ist die Lage der Nordarmee sehr gefährdet. Sie macht zur Zeit eine letzte Anstrengung, um die Unterföhung Nudens zu erhalten. Tschangtschuan verhält sich jedoch ablehnend und es ist so gut wie sicher, daß es neutral bleiben wird. Der Finanzminister der Nanjing-Regierung soll sich nach Hankau begeben haben, um von der Geschäftswelt finanzielle Unterstützung zu erhalten.

Tschangtschais hat Belohnungen in Höhe von einer Million Dollar für das Bataillon ausgelegt, das als erstes die als nächste Kampfziele angegebenen Städte besetzt.

Die Bombenattentate vor Gericht

Die Angeklagten verweigern die Aussage.

Altona, 26. August.

Vor dem Schwurgericht Altona begann der Prozeß gegen die sogenannten holländischen Bombenleger. Die Anklage richtet sich gegen 21 Personen. Bisher sind etwa 50 Zeugen allein durch die Staatsanwaltschaft geladen. Die Zahl der Zeugen dürfte sich im Laufe der Verhandlungen noch vermehren. Man rechnet mit einer Prozedurdauer von etwa vier Wochen. Die Anklage lautet im wesentlichen auf Verbrechen gegen § 5 des Sprengstoffgesetzes.

Angeklagt sind der Hofbesitzer Klaus Heim, dem fünf Attentate zur Last gelegt werden, der ehemalige Hauptmann Rickels, der ehemalige Offizier Boldt, der Kunstmaler Schmidt aus Altona, Hofbesitzer Rathjen, Juweller Rehling, Kraftwagenbesitzer Dieborg, Kaufmann Johnson, Syndikus Leschke, der Landvolkführer Hamkens, der Hauptschriftleiter Bruno von Salomon, die Hofbesitzer Matthes, Hennings, Biedt, Lühmann, Beder, Holländer und Frau und die Angestellten Rieter und Mancke. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Dr. Jentsch. Die Anklage vertritt Oberstaatsanwalt Dr. Bolind-Altona, der von dem Berliner Staatsanwalt Dr. Eichholz unterstützt wird. Verteidiger der Angeklagten ist Rechtsanwalt Dr. Lüttgebrunne (Göttingen), der als Syndikus die Landvolkbewegung berät.

Nach Verlesung des Eröffnungsbeschlusses begann die persönliche Befragung der Angeklagten. Der Angeklagte Rehling gab einige Auskünfte über die Entstehung seiner Beziehungen zu den übrigen Angeklagten. Den ihm zur Last gelegten Diebstahl der Sprengstoffe in Wülshelm (Ruhr) bestreitet er. Ueber seinen Aufenthalt zur Zeit der Tat macht er bestimmte Angaben, um sein Alibi nachzuweisen. Der Angeklagte Heim und die übrigen Angeklagten erklärten, sie wollten nichts sagen. Die Angeklagten läßen in dem Gericht den Exponenten eines Systems, das sie bekämpften, und so hätten sie die Ueberzeugung, daß den Richtern das Verständnis für ihre Lage und ihr Handeln fehle.

Danach wurde die Verhandlung auf Mittwoch vormittag vertagt.

Verstärkter Konflikt an der Ruhr

Die Lohnverhandlungen gescheitert.

Essen, 27. August.

Die zwischen dem Zechenverband und den Bergarbeitergewerkschaften geföhrten Lohnverhandlungen sind ergebnislos abgebrochen worden. Auch die anschließenden Schlichtungsverhandlungen unter dem Vorsitz von Professor Brackmann führten zu keiner Verständigung, so daß man die Vertagung auf den 4. September beschloß.

Von gewerkschaftlicher Seite wird zu den Verhandlungen folgendes mitgeteilt: Die Unternehmervertreter begründeten die Kündigung des Tarifs mit dem Hinweis auf die allgemeine wirtschaftliche Krise und auf die Notwendigkeit eines allgemeinen Preisabbaues, der nur in Verbindung mit der Herabsetzung der Produktionskosten erfolgen könne. Deshalb verlangten sie einen 10prozentigen Lohnabbau, zumal der Kohlenabbau in den letzten Monaten erheblich zurückgegangen sei und die Betriebe nur teilweise ausgenutzt würden. Die Unterhaltungskosten aber gleich blieben. Demgegenüber betonten die Arbeitnehmervertreter, daß ein Abbau der Kohlenpreise zur Behebung der Wirtschaftskrise nicht mit einer Lohnherabsetzung für die Bergarbeiter verbunden zu werden brauche, denn gerade für die Ruhrkohle zeigen die Geschäftsabläufe des letzten Jahres sehr gute Ergebnisse. Andererseits seien die Bergarbeiter durch eine außerordentlich große Zahl von Feiertagen in eine große Notlage geraten. Da auch der abzuschließende Lohntarif eine längere Laufzeit aufweisen würde, sei trotz der augenblicklich gedrückten Konjunktur eine Forderung auf Rohmerhöhung von 50 Pfennig pro Tonne und Schicht durchaus berechtigt.

Arbeitszeitkiedspruch in Gruppe Nordwek

In dem Arbeitszeitstreit in der Eisen- und Stahlindustrie der nordwestlichen Gruppe wurde ein Schiedspruch gefällt, in dem für etwa 2000 bis 3000 Arbeiter die Arbeitszeit zum Teil von 57, 54 und 52 Stunden auf 48 Stunden herabgesetzt wurde. Das Abkommen läuft ein Jahr. Die Arbeiter haben sich zu einem Lohnausgleich bereit erklärt. Die Erklärungsfrist läuft bis zum 1. September.

Die deutschen Ozeanflieger in New York

New-York, 27. August.

Der deutsche Ozeanflieger von Gronau ist mit seinen Begleitern gestern 3,45 Uhr nachmittags (Ortszeit) im New-Yorker Hafen gelandet.

New-York, 27. August.

New-York rüffel zum Empfang der deutschen Ozeanflieger. Flugzeuge flogen zunächst den deutschen Piloten entgegen, die nach ihrer Landung vom Städtischen Empfangsamt willkommen geheißen und nach dem Rathaus begleitet wurden, wo die offizielle Begrüßung durch Oberbürgermeister Walter erfolgt.

Washington, 27. August.

Der deutsche Geschäftsträger Dr. Klep sandte dem deutschen Flieger von Gronau und seinen Begleitern durch die New-Yorker Vertretung der Dornierwerke ein herzliches Begrüßungstelegramm und beglückwünschte die Lusthelden zu ihrer hervorragenden Leistung. — Die deutschen Flieger sind zu der gegenwärtig in Chicago veranstalteten Internationalen Flugwoche von dem Komitee offiziell und dringlichst eingeladen worden, da sich dort zur Zeit alle führenden Männer des amerikanischen Flugwesens befinden, die ihnen einen großen kameradschaftlichen Willkommensempfang bereiten wollen.

Die Ankunft des Ozeanfliegers von Gronau erfolgte wider Erwarten so früh, daß die Vorbereitungen für den Empfang der Flieger noch nicht beendet waren. Der städtische Dampfer „Macom“ mit Vertretern der Stadtverwaltung, der Armee und Marine hatte kurz vor der Ankunft der Flieger an der Freiheitsstatue geankert. Der Jubel im Battery-Park versammelten und aus den Wolkenkratzern rasch herbeieilenden Menschen kannte keine Grenzen. Die Flieger sahen trotz der Anstrengungen der letzten Tage frisch und munter aus. Schleppdampfer der Polizei brachten das Flugboot zum Battery-Park, wo die Flieger unter dem Geheul der Sirenen offiziell begrüßt wurden. Die Häuser und die im Hafen liegenden Schiffe sind mit deutschen und amerikanischen Flaggen reich geschmückt.

Der Empfang Gronaus in Newyork.

Newyork, 26. August. Kurz nach der Landung auf dem Wasser gelangten die Flieger beim Battery-Park an, wo sie, von dem Oberbürgermeister Walker und dem deutschen Konsul in Newyork, Heuser, begleitet, unter den jubelnden Zurufen der Menge an Land gingen. Nach der offiziellen Begrüßung schilderte von Gronau in schlichten Worten seinen Flug, dessen letzter Teil bei schönstem Wetter vor sich gegangen sei. Ueber seine weiteren Pläne erklärte Gronau, daß sie von den Anweisungen aus Deutschland abhingen. Nach dem Empfang begaben sich die Flieger wieder an Bord des Flugzeuges, um es für die Dauer des Newyorker Aufenthalts nach Northbeach zu bringen.

von Gronaus Million

Sichere Flugroute nach Amerika erschlossen.

Newyork, 27. August.

Die Begeisterung über den gelungenen Transozeanflug des Deutschen Gronau ist in Halifax und in ganz Kanada überwältigend. Bei seiner Ankunft wurde ihm ein stürmischer Empfang zuteil. Ueber seine weiteren Pläne ist noch nichts bekannt. Es verlautet jedoch, daß von Gronau auf dem gleichen Wege wieder nach Europa zurückfliegen will.

Die Annahme eines Rückfluges nach Europa wird noch durch die verschiedenen amerikanischen Pressestimmen verstärkt. In den sehr ausführlichen Berprechungen, die besonders die kanadischen Zeitungen Gronau widmen, wird mit auffallender Deutlichkeit unterstrichen, daß er einen sicheren Weg für einen dauernden Transozean-Flugverkehr erschlossen habe. Einzelne Blätter behaupten sogar, der Zweck des Fluges sei gewesen, die Möglichkeit der Einrichtung eines ständigen Flugverkehrs mit Do. X auf der nördlichen Route festzustellen.

Von anderen Blättern wird behauptet, daß Gronaus Flug im Zusammenhang stehe mit der Expedition des englischen Forschers Watkins in der arktischen Zone, der sich zu Studienzwecken über Winter in diesen Gebieten aufhalten will, um die Eis- und Wetterverhältnisse in Hinsicht auf einen ständigen Flugverkehr Europa-Grönland-Mittelkanada zu prüfen.

Der erfolgreiche Dornier-Wal

Das von Herrn von Gronau für seinen Atlantikflug verwendete Flugboot Dornier-Wal „D 1422“ ist im Jahre 1924 von der Dornier-Metalbauwerke G. m. b. H. erbaut worden. Es ist das gleiche Flugboot, das im Jahre 1925 unter der Bezeichnung „M 25“ amundsen zu seinen bekannten Polarflügen und Courtney zum Versuch der Ueberquerung des Ozeans von Ost nach West gedient hat. Seit Anfang 1928 ist das Flugboot bei der Deutschen Verkehrsfliegerschule G. m. b. H. eingesetzt. Es ist mit den üblichen Flug- und Navigations-Instrumenten, mit einer Telefunkenstation (Langwellengerät) und einer Telefunken-Beil-Anlage ausgerüstet.

Das Triebwerk des Bootes besteht aus zwei B. M. W. VI-Motoren normaler Serienherstellung. Gegenüber der sonst völlig normalen Ausstattung besitzt das Boot lediglich einen Zusatzant. der ihm die Ueberwindung größerer Ueberseestrecken ohne Zwischenlandung ermöglicht. Das gleiche Boot hat mit gleicher Ausrüstung in den letzten Jahren dem normalen Ausbildungsbetriebe in der Nordsee gedient und u. a. einen Fernflug nach den Färöer-Inseln 1928 und nach Island 1929 ausgeführt.

Wieder ein schweres Bootsunglück

Drei Männer bei einem Rettungsversuch ertrunken.

Memel, 27. August.

Auf dem Kurischen Haff bei Perwek, 10 Kilometer südlich von Schwarzort, ereignete sich ein großes Unglück.

von dem
fernt am
bauamt
bei wurd

Anweil
abwesenden
ten des R
Stells. Wä

Stadte
Sitzung un
heutigen T
berzlich d
Eigenschaf
Berfcheru
Kollegium

Rennt
fahrerbund
Stiftungsde
Ortsgruppe
Arbeiterpa

Entret
aber die r
verbände.
die Berata
KVO, wo
und die F

Ju de
—Dresden
betrag von
der einen
mein schle
rienberg tr
Steinbrück
in Poffend
diese Maß
dagegen, d
übernomme
Streckentei
hat. Stells
bernbau de
Steinbrück
dorfs und
und daß m
bereits ein

Bei de
trag der F
den nor. d
die der Kr
Kraftwagen
nicht mehr
Reichsbahn
Straße Star
sierung, an
habe die In
hergestellt.
KVO, trag
Da die Lin
nicht anzu
also der K
verkehren.

Die Li
längert. T
gesonderte
Dühren n
führung de
keine Wort
walde zuge
wurde ver

Die Li
men worde
irgendwelch
sen, diese
zirh 150.—
175.— M.
Stadteror
Reichstädt,
weilans gr
dieser gleich
rantesjamm
der Lebnm
wurde ange
der Gewöh
sparriffe an
die Reichs
Im Le
(Colalierun
der Kurve
beiden Str
und vom T
bezahl wor
Steinbruch
des Voran
2750 M.
amtsträger
Das Kolleg
vom Bezi
erhöhung d

Bei d
Gewerbef
werbe eine
Rates hat
gewerbef
mittelan, u
vorlag, hat
den sei. I
Bemerkt n
Füllen au
werden. I
eingeföhrt

Vor e
Lehrerfolg
Kritik unte
lichen und
besaht, un
der Schule
worden, da
erfolge und
durch den
schulrat P
und auch J
hat das M
schwerden
berechtigt
werbeschule
das Lehrlin
zweifelsfrei
der geringf
städtischen
ledigung d
Der P
das Kolleg